

Interpellation

3129 Gresch, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 5

Eingereicht am: 19.04.2004

Neues AKW im Kanton Bern?

Wie die Sonntagspresse vom 18. April 2004 vermeldete, denkt die BKW laut über den Bau eines neuen AKW nach. Da die Planungs- und Realisierungszeit mindestens 14 Jahre dauert, müsste die BKW beim Bund in nächster Zeit eine Rahmenbewilligung einreichen. Als Unternehmen im Mehrheitsbesitz des Kantons Bern kann die kanton-bernische Politik auf diesen Entscheid Einfluss nehmen.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zu dieser Angelegenheit folgende Fragen zu beantworten:

1. Werden die Pläne für den Neubau eines AKW im Verwaltungsrat der BKW bereits diskutiert und wenn Ja, welche Haltung vertritt der Regierungsrat in dieser Frage?
2. Bis zur Einreichung einer Rahmenbewilligung beim Bund bleibt nicht mehr viel Zeit. Wie gedenkt der Regierungsrat die politische Meinungsbildung zu diesem Entscheid (Regierungsrat, Grosser Rat, Bevölkerung) zu organisieren?
3. Hat der Regierungsrat die Ambitionen, Atomstrom dank Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu ersetzen, begraben?
4. Wenn Nein, was unternimmt er, damit ein solches Szenario für den Ersatz des Atomstroms realistisch wird?
5. Bevor überhaupt ein neues AKW entschieden werden kann steht die Verlängerung der Betriebsbewilligung des bestehenden AKW Mühleberg an. Unterstützt der Regierungsrat das bald zu erwartende Gesuch der BKW?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Abgelehnt: 22.04.2004

Antwort des Regierungsrates

Zu Frage 1:

Der Regierungsrat ist im Verwaltungsrat der BKW mit zwei Regierungsmitgliedern vertreten. Die Verwaltungsratsgeschäfte einer Unternehmung sind vertraulicher Natur. Der Regierungsrat kann deshalb über verwaltungsratsinterne Diskussionen keine Auskunft geben.

Zu Frage 2:

Die Bewilligungsverfahren zu Kernanlagen sind in der neuen Kernenergiegesetzgebung des Bundes geregelt. Der Kanton Bern würde bei einem Gesuch für eine neue Anlage im Espace Mittelland als Standortkanton oder als Nachbarkanton um eine Stellungnahme angegangen. Der Bevölkerung stehen die Einsprachemöglichkeiten gemäss Kernenergiegesetzgebung offen. Eine öffentliche Mitwirkung oder ein kantonales Referendum ist weder in der Kernenergiegesetzgebung noch in der kantonalen Gesetzgebung vorgesehen. Der Regierungsrat wird jedoch dem Grossen Rat voraussichtlich in der Novembersession die Kantonale Energiestrategie vorlegen. Diese wird auch die Aussagen des Regierungsrates zum Thema Kernenergie enthalten. Eine Stellungnahme des Regierungsrates zu einem allfälligen Gesuch um eine Rahmenbewilligung hätte in jedem Fall der vom Grossen Rat gutgeheissenen Energiestrategie zu entsprechen. Das heisst, das Parlament hat indirekt politischen Einfluss auf eine kantonale Stellungnahme.

Zu Frage 3:

Nein. Der Regierungsrat unterstützt nach wie vor alle Anstrengungen, Atomstrom dank Energieeffizienz und erneuerbaren Energien zu ersetzen. Eine vollständige Substitution der Kernenergie durch effizientere Nutzung und durch erneuerbare Energien ist jedoch im Moment nicht realistisch.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat hat das Schwergewicht der Massnahmen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im 3. Energiebericht festgehalten. In diesem Sinne unterstützt er auch Projekte, die eine effizientere Nutzung der Wasserkraft zum Ziele haben. Aufgrund im Grossen Rat überwiesener Vorstösse wird geprüft, ob die Unterstützung im Bereich Minergie auch auf Renovationen von Altbauten ausgedehnt werden kann. Zudem soll eine Änderung des Baugesetzes geprüft werden, wonach Bauten nach Minergiestandard in der Ausnützungsziffer begünstigt werden. Die Energieabkommen, welche mit den Gemeinden geschlossen werden, sollen ebenfalls zur effizienteren und sparsameren Energienutzung beitragen.

Zu Frage 5:

Wie schon erwähnt, befürwortet der Regierungsrat die Suche nach geeignetem Ersatz für die Kernenergie und ist nur bereit, eine Verlängerung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg zu unterstützen, sofern die Sicherheit dies nachweislich erlaubt und sofern der Grosse Rat bei der Behandlung der Energiestrategie nicht zu anderen Schlüssen kommt.

An den Grossen Rat